IV. Jahrg. / Nr. 91 / Preis für Groß-Berlin 30 Pfg. — Morgen-Ausgabe — Donnerstag, den 24. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12579 — Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal. — Expedition und Inseratenannahme: Berlin SW. 68, Stallschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12577)

Bezugspreis: Für Selbstabholer monatlich 24.— Mk. Durch Boten ins Haus monatlich 30.— Mk. Postbezug monatlich 30.— Mk. Ausland 40.— Mk. Einzelnummer 30 Pfg.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 5gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk. Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg. Bei Familien- und Organisationsvoranzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Die Kaliarbeiter vor dem Kampf

Stillegung von Betrieben — Mißachtung von Schiedssprüchen

Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland geht immer weiter zurück, die Ernteerträge sinken und die Brotpreise steigen, nicht zuletzt deshalb, weil die Landwirte die hohen Düngemittelpreise nicht bezahlen können. Die Weltabsatzkrise bringt auf dem ganzen Weltmarkt die Düngemittelpreise zum Sinken. Der Absatz von Kali nach dem Auslande stockt.

Man sollte denken, daß die Landwirte im Inlande jetzt mehr und billigeres Kali erhalten können, um in die Lage zu kommen, die Ernteerträge zu erhöhen. Statt dessen sabotieren die Agrarier die Getreidelieferungen und die Kaliunternehmer legen einen Betrieb nach dem andern still, weil die Riesenexportprofite schwinden und ihnen die

Versorgung der heimischen Landwirtschaft nicht genug Profite abwirft.

Das Kalisyndikat hat von der Regierung eine Erhöhung der Kalipreise um 50 Prozent gefordert. Die Regierung sträubt sich noch, diese Forderung zu bewilligen. Aber die Kaliunternehmer haben ein Mittel in der Hand, um die Regierung, die gar nicht so spröde ist, wie sie sich stellt, zum Nachgeben zu zwingen. Sie sabotieren die Produktion. Aber es genügt ihnen nicht, die Verelendung der Massen durch Preiswucher zu vergrößern. Sie nutzen außerdem noch die Zeit des stockenden Auslandsabsatzes aus, um sich für das Sinken der Profite durch

verschärfte Ausbeutung an den Arbeitern

schadlos zu halten. Sie versuchen, ihre schamlose Ausbeuterpolitik mit einer Zielbewußtheit und Rücksichtslosigkeit durchzusetzen, an der sich die Arbeiterschaft ein Beispiel nehmen könnte. Wie würden die Kaliunternehmer die Entrüsteten spielen, wenn die Arbeiter erklären wollten, daß sie sich an einen Schiedsspruch nicht kehren. Die Unternehmer selbst aber tragen nicht das geringste Bedenken, offen zu erklären, daß Schiedssprüche nur dann Geltung haben, wenn es ihnen in den Kram paßt, den Arbeitern ein paar Brocken von ihrer reich besetzten Tafel hinzuwerfen, daß ihnen aber Schiedssprüche so gleichgültig sind wie die blaue Luft, wenn sie die Arbeiter zu Lohnsenkungen zwingen wollen.

Am 13. Februar tagte in Magdeburg eine Reichskonferenz von Vertretern der Arbeiter in der Kaliindustrie, die zu der Lage in der Kaliindustrie Stellung nehmen sollte. Auf dieser Konferenz wurde eine Entschließung angenommen, die die Notwendigkeit einer wesentlichen Lohnerhöhung für die Kaliarbeiter feststellt und einer Erhöhung der Kalipreise zustimmt, falls sich die Erhöhung der Löhne ohne diese nicht erreichen läßt. Bezüglich der beabsichtigten Stillegung von Werken wurden Vertreter der Arbeiter beauftragt, mit den Unternehmern in Verhandlungen einzutreten. „Jedoch soll in erster Linie auf Steigerung des Absatzes gedacht werden, soweit aber Stillegungen nicht zu umgehen seien, sollten die Arbeiter möglichst schadlos gehalten werden. Ueberschichten sollten nicht mehr verfahren und es sollte auf strenge Innehaltung der 48-Stundenwoche gedrängt werden." Diese Entschließung zeigt, daß die Arbeitervertreter glaubten, einem Kampf aus dem Wege gehen und die Unternehmer durch Preiszugeständnisse und Verhandlungsbereitschaft milde stimmen zu können.

Es hat sich aber gezeigt, daß dieses Verhalten den beabsichtigten Zweck verfehlt hat. Die Unternehmer sind durch diese Zaghaftigkeit ermutigt worden, erst recht rücksichtslos vorzugehen. Dies wurde in den Verhandlungen offenbar, die am 18. Februar zwischen den Bergewaltigen und den Kalarbeitervertretern in Berlin stattfanden und worüber in einer am 22. Februar in Magdeburg stattgefundenen Reichskonferenz der Kaliarbeiter, der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Gärtner (Hildesheim), Bericht erstattete.

Er betonte zu Eingang seines Berichtes, daß die Arbeitervertreter von Anfang der Verhandlungen an sich keinen großen Hoffnungen hingegeben haben, aber

durch den Verlauf der Verhandlungen schwer enttäuscht wurden.

Die Forderungen der Arbeitervertreter, auch ihrerseits Sachverständige zu den Verhandlungen hinzuziehen zu können, wurde von den Bergewaltigen brüsk abgelehnt. In langen Ausführungen legten dann die Vertreter der Aktionäre ihre Stellung und ihre „Notlage" dar, es sei ihnen nicht möglich, an eine Aufbesserung der Löhne zu gehen, ohne eine Preiserhöhung vom Reiche bewilligt zu bekommen, die insgesamt über 500 000 M. ausmachen würde. Weiter forderten sie, daß die Arbeiter die schlechte Lage der Kaliindustrie anerkennen sollen, um so die Arbeiter für die Unternehmerinteressen gegenüber die Regierung auszuspielen. Um das Maß der Forderungen der Unternehmer vollzumachen, verlangten sie einen Verzicht auf die durch Schiedsspruch vom 20. November 1920 zuerkannte und vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte Lohnzulage ab 1. November 1920, andernfalls drohten sie mit Lohnabzügen.

Eine weitere Erklärung, welche vom Arbeitgeberverband abgegeben wurde, bedeutet die schärfste Kampfesansage gegen die Arbeiterschaft. Sie spricht die klare Drohung aus:

1. Stillegung zahlreicher Werke.
2. Einlegung von Feierschichten.
3. Verminderung der Belegschaften und
4. Sofortige Kündigung der Lohntafeln.

Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Reichskonferenz der Vertreter der Kaliwerkarbeiter Deutschlands aller Organisationsrichtungen und der Angestellten nimmt Kenntnis von den in der Sitzung vom 16. Februar abgegebenen zwei Erklärungen des Arbeitgeberverbandes für die Kaliindustrie. Sie erklärt dazu folgendes:

Die einseitig zugunsten der Arbeitgeber geforderte Erklärung I konnte für die Arbeitervertreter keine Grundlage zu Verhandlungen sein. Mit dem Verhalten ihrer Vertreter erklärt sich die Konferenz einverstanden.

Die Erklärung des Arbeitgeberverbandes betrachtet die Konferenz als eine scharfe Kampfansage an die gesamte Arbeiterschaft der Kaliindustrie.

Die Konferenz verpflichtet die Organisationsvertreter aller Richtungen in der Kaliindustrie

sofort die geeigneten Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Trotz der Kampfansage des Arbeitgeberverbandes erklärt sich die Konferenz bereit, ihre Vertreter zu erneuten Verhandlungen auf folgender Grundlage zu ermächtigen:

1. Anerkennung des Schiedsspruches vom 20. November 1920.
2. Aufbesserung der in der Kaliindustrie gezahlten Löhne an die der Braunkohlenarbeiter.
3. Sanierung der Industrie durch entsprechende Maßnahmen.

Die Konferenz verpflichtet alle Arbeiter und Angestellten in der Kaliindustrie, in Anbetracht der außerordentlich ernsten Sachlage sich entschieden hinter ihre Organisationen zu stellen. Nur so ist es möglich, zur Gesundung der Kaliindustrie und zu annehmbarem Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen."

Mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie ist es den Bergwerksgewaltigen glücklich gelungen, den Kampf der Bergarbeiter bis jetzt hinauszuzögern, in eine Zeit, wo der Kampf unter erschwerten Umständen geführt werden muß.

Schon bei allen früheren Gelegenheiten ist es den Bergwerksgewaltigen mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie gelungen, jede Aktion der Bergarbeiter zu verhindern, bei mehr als einer Gelegenheit haben die Sachse, Bulle, Wendt usw. bewiesen, daß sie den Kampf gegen die Arbeitgeber nicht wollen, sondern immer wieder die Arbeiter durch Abwürgung jeder Aktion um das fürs Leben Notwendigste betrügen.

Die geeignete Grundlage, auf welcher der Kampf der Bergarbeiter mit den Bergwerksgewaltigen geführt werden muß, bildet der Offene Brief der V.K.P.D.

Die Forderungen des Offenen Briefes sollen kein Allheilmittel sein, sondern sie bilden lediglich die Forderungen des Proletariats an die Gegenwart und ihre Durchführung ist notwendig, um dem Proletariat das Leben zu sichern.

Wir fordern alle Bergarbeiter auf, auf der Grundlage des Offenen Briefes zu der Lage in der Kaliindustrie Stellung zu nehmen und ihre Gewerkschaftsbürokratie zu zwingen, auf dieser Grundlage den Kampf aufzunehmen.

An die Kommunistische Partei Italiens

An die Genossen Bombacci, Bordiga, Teracini u. a.

Werte Genossen! Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale drückt Euch seine volle Solidarität aus und sendet Euch brüderliche Grüße. Eure Partei ist die einzige Sektion der Kommunistischen Internationale in Italien. Wir sind fest überzeugt, daß mit jedem Tage mehr bewußte Arbeiter Eures Landes auf Eure Seite übergehen werden. Der Bund Serratis mit seiner Gruppe mit der Fraktion der Reformisten, die wissentliche Gegner der proletarischen Revolution sind, wird allen und jedem zeigen, daß die italienische Fraktion der Unitaristen des Zentrums den bürgerlich-reformistischen Elementen näher steht, als den proletarischen Kommunisten. Die ganze Kommunistische Internationale wird hieraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Seid standhaft, Genossen, jetzt, wo sich alle Kräfte der Bourgeoisie mit ihren zahlreichen und verschiedenartigen Agenten gegen Eure Partei rüstet. Die kommunistisch gesinnten Arbeiter der ganzen Welt sind mit Euch. Die Zukunft gehört Euch und nicht jenen, die sich in dieser oder jener Form vermittelst der Reformisten mit der Bourgeoisie aussöhnen wollen.

Es lebe die Kommunistische Partei Italiens!

Es lebe das italienische Proletariat!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

Vorsitzender G. Sinowjew.

Rußland: Lenin, Trotzki, Bucharin, Radek. Frankreich: Rosmer. Holland: Ranzen. Ungarn: Bela Kun, Rudnianszky, Varga. Georgien: Zchakaja. England: Quelch. Bulgarien: Schablin. Amerika: Hurwitz. Oesterreich: Steinhardt. Persien: Sultan Sade. Finnland: Manner. Lettland: Stutschka. Internationaler Jugendverband: Schatzkin.

Wie die britischen Gewerkschaftsführer die Arbeitslosigkeit bekämpfen

London, 21. Februar.

Die nationale Konferenz der Bergarbeiter hat einen Antrag der Bergarbeiter von Süd-Wales abgelehnt, der verlangte, daß binnen 14 Tagen energische Schritte getan würden, um die von der Arbeiterpartei zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagenen Maßnahmen zu erzwingen.

Die Toten reiten schnell

Noch vor wenig Tagen glaubte die „Freiheit" uns hämisch dies Wort anläßlich der Auseinandersetzungen in den Reihen der Kommunisten entgegenwerfen zu können. Noch vor wenig Tagen glaubte die „Freiheit" bei jeder Gelegenheit, den Zusammenbruch der Kommunistischen Partei verkünden zu können.

Doch die Toten reiten schnell.

Die Partei, die sich „die Bannerträgerin des revolutionären Proletariats" nannte, die Partei, die das Recht beanspruchte, das deutsche Proletariat und die deutsche Revolution zu vertreten, die Partei, die den Stolz und die Stütze der Zentrumsmänner aller Länder bildete, ist von einem Wahlmißerfolg ins Herz getroffen worden. Ein Lufthauch hat den stolzen Bau wie ein Kartenhaus umgeworfen, hat enthüllt, daß hinter der stolzen Fassade alles morsch und faul gewesen ist.

Das Schicksal der Hilferdinge hat sich mit rasender Schnelligkeit erfüllt. Kaum vier Monate sind seit dem Parteitag in Halle verstrichen, und schon ist der Zusammenbruch der U.S.P.D. offenbar. Das Ergebnis der Preußenwahl zeigt den „Bannerträgern", daß sich die Massen der Arbeiterschaft von ihnen abgewendet haben. Zugleich müssen sich diese Bannerträger vom „Vorwärts" sagen lassen, daß sie keine selbständige Politik mehr haben und haben können, sondern daß ihre Zukunft bei Noske ist. Der „Vorwärts" wiederholt auch in seiner gestrigen Ausgabe seine Einladung an die Unabhängigen. Er schreibt:

Die unabhängige Partei, die den Mut aufgebracht hat, sich dem Moskauer Diktat zu entziehen, sollte auch den zweiten Schritt tun, den das Ergebnis der Wahlen ihr gebietet, nämlich sich mit beiden Füßen wieder auf den Boden der Demokratie stellen, wie sie es im Gewerkschaftswesen ja heute schon getan hat. Sie wird dadurch so wenig „reformistisch" werden, wie es die alte Sozialdemokratie wurde. Sie würde nur praktisch arbeiten für die Interessen des Proletariats in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei, auch wenn sie das neueste Schlagwort vom „Reformismus" aufgeben müßte.

Diese Gnade und diese Liebe, die die Hilferdinge bei den Spießgesellen Noskes finden, spricht das Urteil über die U.S.P.D. Dieses Urteil ist vernichtend für die U.S.P.D. Es spricht offen aus, daß die Unabhängigen trotz aller ihrer radikalen Phrasen dieselben Opportunisten sind wie die Scheidemänner, daß sie, die „Bannerträger", nur die Lakaien der Lakaien sind. Dieses Urteil ist die Quittung für die Politik der Unabhängigen seit Halle und so zugleich die beste Rechtfertigung der Spaltung von Halle, des „Werkes von Moskau", über das die Unabhängigen so zetern.

Seit Halle haben die Unabhängigen keine eigene Politik mehr geführt. Der Kampf, den sie gegen den Kommunismus aufgenommen haben, hat sie, die „Bannerträger", in das Fahrwasser der Scheidemänner geführt. Sie haben zusammen mit den Scheidemännern sich dagegen gestemmt, daß eine gemeinsame Front des Proletariats gebildet werde zum Kampf um die unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten, sie sind zusammen mit den Scheidemännern dazu geschritten, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören, um den Einfluß der Legiene zu retten. Sie haben die Stirn gehabt, den Arbeitermord zu verteidigen, den Severing nach Noskes Vorbild in Flensburg inszenierte.

Jetzt stehen sie vor den Trümmern ihrer Partei. Es steht ihnen nur ein Weg offen: Dem Angebot des „Vorwärts" zu folgen und sich mit den Scheidemännern zu vereinigen, so wie sie sich schon in den Gewerkschaften vereinigt haben, im Zeichen des Terrors gegen die Kommunisten, im Zeichen Noskes. Es hilft nichts, wenn die „Freiheit" sich über das Ende der U.S.P. dadurch hinwegzutäuschen sucht, daß sie die Vergangenheit heraufbeschwört. Wenn sie die Mehrheitssozialisten beschwört, doch die alte Regierungskoalition zu bilden, so gesteht sie selbst ein, daß diese Koalition, die Regierung der Ebert, Scheidemann und Noske ihre Regierung ist.

Das Werk von Moskau! rufen die Unabhängigen in allen Tonarten der Entrüstung anläßlich des schmählichen Zusammenbruches ihrer Partei. Ja, es ist das Werk von Moskau. Und der Weg, den die Hilferdinge gegangen sind, das, was jetzt bei den Unabhängigen vorgeht, zeigt am besten, daß das Werk von Moskau, die Abspaltung von den Opportunisten, nicht diktatorischem Dünkel entsprungen ist, sondern der Einsicht in die Notwendigkeiten der Revolution.

Die Hilferdinge, die sich in Halle gegen den Kommunismus entschieden haben, haben gezeigt, daß sie nur Noskes im Schafpelz sind. Die klare Scheidung von Halle hat den Opportunismus der Hilferdinge endgültig